

„Uruguay
Wirtschaftliche Entwicklung und Ausblick“

Inhaltsverzeichnis

I.	EINLEITUNG	- 4 -
II.	POLITISCHER ÜBERBLICK	- 5 -
III.	ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER WIRTSCHAFT	- 8 -
	A. Die Struktur der Wirtschaft und des Handels	- 8 -
	B. Wirtschaftliche Entwicklung bis 1985	- 10 -
	C. Die Jahre nach dem Militärregime	- 10 -
	D. Die Regierung Jorge Battles (seit dem Jahr 2000)	- 13 -
	E. Die Wirtschaftskrise 2002	- 15 -
	1. Auswirkungen für die Bevölkerung	- 17 -
IV.	DIE VEREINBARUNGEN MIT DEM IWF	- 19 -
	A. Veränderung der Wirtschaftsstruktur	- 20 -
	1. Bank- und Finanzdienstleistungen	- 20 -
	2. Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)	- 20 -
	3. Tourismus / Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur	- 21 -
	B. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung	- 21 -
	1. Wasserversorgung	- 22 -
	2. Privatisierung der staatlichen Erdölgesellschaft ANCAP	- 23 -
	3. Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur	- 23 -
	4. Energieerzeugung	- 23 -

C.	Restrukturierung des Bankensektors	- 24 -
D.	Steuerreform	- 24 -
E.	Reform des Systems der sozialen Sicherung	- 25 -
V.	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	- 28 -
VI.	TABELLENVERZEICHNIS	- 33 -
VII.	LITERATUR	- 35 -

I. Einleitung

Die jüngste Wirtschaftskrise in Argentinien, die im Jahr 2002 auch auf den Nachbarstaat Uruguay übergriff, hat eindrucksvoll vor Augen geführt, in welcher labiler Situation die lateinamerikanischen Volkswirtschaften in das 21. Jahrhundert gestartet sind. Ohne das beherzte Eingreifen der internationalen Finanzakteure, die allerdings nicht ganz uneigennützig agierten, sondern vor allem die speziellen geopolitischen Interessen der USA in dieser Region berücksichtigten, wäre Uruguay, das kleine, dünn besiedelte Land am Rio de la Plata vermutlich schon unter die wirtschaftlichen Räder gekommen. Die schwierige Lage entstand in einem System großer wechselseitiger Abhängigkeiten mit den Nachbarländern, wenig transparenter Finanzmärkte und vor dem Hintergrund des immer stärker in Gang kommenden Prozesses der Aufarbeitung der Militärdiktatur. Zum ersten Mal befindet sich ganz Lateinamerika in einer Phase der Demokratie. Den jetzt an die Macht kommenden politischen Kräften wird in vielen Ländern großer Reformwille und die erfolgreiche Umsetzung der durchaus als ambitioniert zu bezeichnenden Kriterien, die der Internationale Währungsfonds und die Weltbank für die Gewährung von Krediten definierten, zugetraut. Die gesamte Region steht vor wesentlichen wirtschaftspolitischen Entwicklungen, gilt es doch, die Implementierung des richtigen Wirtschaftsbandnisses zu entscheiden, und eine Auswahl zwischen den vorliegenden Alternativen zu treffen. Dies bedeutet entweder eine Hinwendung zu den Vereinigten Staaten oder eine größere Hinwendung zur Europäischen Union, zur Wahl steht auch eine südamerikanische Allianz neuerer Prägung, mit oder ohne Kuba. Uruguay verhält sich in diesem Bereich sehr geschickt, und hält sich alle Optionen offen, wobei eine Präferenz zu einer gesamt-amerikanischen Lösung durchaus erkennbar ist. Nach den Vorstellungen der USA könnte Uruguay sogar als erstes südamerikanisches Land in die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA integriert werden. Zur Vorbereitung dieser Entscheidungen baut Uruguay das Vertrauen der internationalen Finanzinstitutionen wieder auf. Schon im ersten Jahr nach der Krise konnten die Vereinbarungen hinsichtlich des Staatsbudgets weitgehend eingehalten werden. Die nachfolgende Arbeit gibt einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Situation und stellt die Maßnahmen vor, mit denen Uruguay zu einer nachhaltig veränderten, liberalisierten Wirtschaft und einem "schlanken" Staat, der internationale Anerkennung auch als Finanzplatz genießt, zurückfinden möchte.

II. Politischer Überblick

Uruguay zählt mit 3.5 Millionen Einwohnern und 176.000 km² Fläche zu den kleinsten Ländern Südamerikas und liegt zwischen Argentinien und Brasilien. Seit 1830 besteht es als Präsidentialrepublik, die lange demokratische Tradition¹ wurde nur durch eine Militärdiktatur von 1974 bis 1986 unterbrochen. Gemäß der Verfassung von 1967 ist Uruguay ein Zentralstaat mit 19 Bezirken. In der Hauptstadt Montevideo leben knapp die Hälfte der Einwohner, sie sprechen spanisch und sind in der Mehrzahl römisch-katholisch. Das politische Umfeld ist geprägt von der Gewaltenteilung, bei gleichzeitigen Wahlen werden der Staatspräsident, der zugleich Regierungschef ist, und die zwei Kammern des Parlaments mit insgesamt 129 Abgeordneten für fünf Jahre gewählt. Der Präsident hat eine starke Position im Staat, er kann gegen Gesetzesvorlagen ein nicht-absolutes Veto einlegen und unter bestimmten Bedingungen das Parlament auflösen. Die traditionellen Parteien, die Colorados und Blancos, decken ein großes Spektrum der politischen Mitte ab, bei den letzten Wahlen im Oktober 1999 ging allerdings das Linksbündnis "Encuentro Progresista - Frente Amplio" (EP-FA), ein kreativer Zusammenschluss von Sozialdemokraten, Christdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Tupamaros² mit 39% als stärkste politische Kraft hervor. Die Colorados konnten 31,7 %, die Blancos 21,5 % und "Nuevo Espacio" 4,4 % erzielen. Staatspräsident ist der reformorientierte Jorge Battle Ibanez von den Colorados (liberal-konservativ), der durch eine von ihm geschmiedete Koalition der bürgerlichen Parteien als Sieger aus der Stichwahl im November 1999 hervorging. Uruguays Außenpolitik ist traditionell westlich ausgerichtet. Mit dem Vertrag von Asunción wurde im Jahr 1991 die regionale Zusammenarbeit über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes "MERCOSUR"³ festgeschrieben, seit 1. 1. 2000 existiert eine Zollunion im Binnenhandel. Das MERCOSUR-Generalsekretariat befindet sich in Montevideo, im Juli 2003 übernahm Uruguay turnus-

¹ Neben Uruguay gibt es in Lateinamerika nur in Paraguay Instrumente der direkt-demokratischen Einbindung der Wähler über Volksabstimmungen.

² Die "Tupamaros" sind eine 1963 erstmals aufgetauchte "Stadtguerilla", die das wesentliche der uruguayischen Militärdiktatur darstellte. Heute gehören sie zu den wenigen lateinamerikanischen Widerstandsbewegungen, die den Weg aus der Illegalität erfolgreich geschafft haben und sind seit 1995 innerhalb des Linksbündnisses "Frente Amplio" im uruguayischen Parlament vertreten.

gemäß für das zweite Halbjahr 2003 die Präsidentschaft. Uruguay ist nach Paraguay und Bolivien die kleinste Volkswirtschaft in diesem Handelsbündnis:

1. Tabelle: Vergleich der MERCOSUR-Länder mit Lateinamerika gesamt⁴

MERCOSUR Mitglieder	Bevölkerung in Millionen	Fläche in Mill. km²	Anteil am latein-amerik. BIP 1980-89
Argentinien	31.9	2.767	11.9
Bolivien (assoziiert)	7.1	1.099	0.7
Brasilien	147.4	8.512	38.7
Chile (assoziiert)	13.0	0.757	3.4
Paraguay	4.2	0.407	0.7
Uruguay	3.1	0.177	1.1
Lateinamerika	427.3	19.949	100%

Um die Abhängigkeit vom MERCOSUR, mit dem 50% des Handels abgewickelt werden, nicht noch größer werden zu lassen, werden verschiedene bilaterale Abkommen mit anderen Staaten angestrebt, z. B. sind Vereinbarungen mit den USA, Iran, China, Russland und Ägypten in Vorbereitung. Im November 2003 konnte ein Abkommen mit Mexiko abgeschlossen werden, was für Uruguay den indirekten Zutritt in den NAFTA⁵-Handelsraum bedeutet. Uruguay genießt die besondere Zuneigung der USA, seit nach einem Eklat die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen wurden, und wird von diesen als Brückenkopf in einer instabilen Region betrachtet⁶. Allerdings werden in Uruguay einseitige Einmischungsversuche der USA im Stile der Panama- oder Haiti-Interventionen kritisch betrachtet. Uruguay befürwortet die Fortsetzung der Verhandlungen.

³ MERCOSUR ist die Abkürzung für "el mercado común do sur", wurde 1991 gegründet und am 1. 1. 1995 in Kraft gesetzt. Vollmitglieder sind Uruguay, Paraguay, Brasilien und Argentinien. Assoziierte Mitglieder sind Chile und Bolivien.

⁴ Regionales BIP ohne Kuba. vgl. Cardoso/Helwege, S. 4
Quellen: Inter-American Development Bank (1990), World Bank (1990)

⁵ NAFTA ist die Abkürzung für die 1992 gegründete "North American Free Trade Association" zwischen den USA, Kanada und Mexiko.

⁶ So lehnte Uruguay im Oktober dieses Jahres auch einen Vorstoß Argentiniens für die Aufnahme von Kuba in den MERCOSUR ab. Argentinien erwägt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba und möchte 2004 im Rahmen der Präsidentschaft im MERCOSUR zumindest die Assoziierung Kubas erreichen.

gen der MERCOSUR-Staaten mit den USA und der EU zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie die Fortsetzung der Gespräche zur amerikanischen Freihandelszone ALCA⁷. Uruguay nimmt voll am internationalen politischen Prozess teil und ist Mitglied in allen wichtigen internationalen Organisationen und setzt als kleines Land ohne große wirtschaftliche oder militärische Macht auf die strikte Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen. Uruguay unterhält eine Berufsarmee, für die 4.4% des BIP aufgewendet werden. Für internationale Kriseneinsätze der UNO stellt Uruguay ein überproportional großes "Blauhelm"-Kontingent, zuletzt wurden 1.382 Soldaten in die Republik Kongo entsandt. Uruguay wurde lange als die Schweiz Südamerikas bezeichnet, da viele internationale Geldinstitute dort ihre Backoffices unterhalten und das Bankgeheimnis den Ruf hat, noch strenger als das eidgenössische zu sein. Zudem können Offshore-Banken, also Tochterunternehmen ausländischer Banken, die Geld in anderen Währungen veranlagern, und Offshore-Unternehmen sehr einfach - sogar über das Internet - gegründet werden. Deren Geschäfte werden selten von den Steuerbehörden kontrolliert und die Einrichtung von "Free Trade Areas" (derzeit gibt es acht, inklusive des einzigen "Freihafens" Südamerikas in Montevideo) macht das Land zu internationalen Steuer-oase. Die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Überschwappens der Wirtschaftskrise aus Argentinien nach Uruguay am Finanzplatz Montevideo auch viel amerikanisches Geld deponiert war, hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass die USA und unter ihrem Einfluss auch der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank dem Land mit raschen Wirtschaftshilfen zur Seite standen.

⁷ ALCA (Área de libre Comercio de las Américas) oder FTAA (Free Trade Area of the Americas) ist ein seit 1994 begonnenes Unterfangen, eine Freihandelszone zwischen 34 Staaten (ohne Kuba!) einzurichten.

III. Entwicklung und Struktur der Wirtschaft

A. Die Struktur der Wirtschaft und des Handels

Uruguay ist dominiert von einem starken Agrarsektor, der zwar nur einen begrenzten Anteil am BIP von etwa 10% erwirtschaftet, jedoch den größten Exportwert (ca. 60% der Erlöse mit Wolle, Fleisch, Holz, Reis und Milchprodukten) darstellt. In der Landwirtschaft finden ca. 4% der Uruguayer Beschäftigung. Die Industrie ist nur schwach entwickelt und konzentriert sich um den landwirtschaftlichen Bereich (Anteil am BIP ca. 20%). Der Dienstleistungssektor erwirtschaftet mehr als zwei Drittel des BIP, die bedeutendsten Bereiche sind hier der Tourismus und der Bankensektor. Uruguay verfügt über einen überdimensional großen Staatssektor: Über eine Viertel Million der Einwohner (16% der 1.5 Mio. Erwerbstätigen) sind dort tätig. Eine Übersicht der Hauptausfuhrprodukte liefert folgendes Bild zwischen 1997 und 2001:

2. Tabelle: Exportanteil der führenden Produktgruppen (in %) ⁸

1997	1998	1999	2000	2001	
6.8	6.4	7.6	9.3	11.1	6114 Leather bovine nes, equine
13.3	14.0	14.5	15.5	10.1	0111 Bovine meat fresh, frozen
8.1	5.1	4.8	4.8	6.1	2628 Wool tops
6.8	7.3	6.0	5.0	5.7	0422 Rice glazed or polished
3.1	3.7	3.3	3.5	3.7	0311 Fish fresh, chilled, frozen
...	...	3.1	4.2	3.3	7321 Pass motor veh exc buses
2.4	1.9	2.5	0482 Malt including flour
2.5	2.6	2.7	2.2	2.5	0421 Rice in husk or husked
...	2.2	2.6	2.0	2.4	0222 Milk and cream dry
...	...	2.1	1.9	2.3	0240 Cheese and curd
...	0011 Bovine cattle
...	0112 Mutton etc frsh, chld, frn
1.7	0511 Oranges, tangerines etc
...	2.0	2.4	2.6	...	1222 Cigarettes
...	2621 Wool greasy, fleece-wshed
...	2622 Wool degreased
2.1	65321 Woven wool excl pile etc
...	3.3	7323 Lorries, trucks
1.5	84112 Womens outerwear nonknit
...	8413 Leather clothes, accesrys
...	84201 Furskin clothing, prodr
48.3	48.5	49.1	51.0	49.7	Average share of leading products (%)
2 729.5	2 769.6	2 237.0	2 299.4	2 057.5	Exports to the world market (millions of US Dollars)

Die wichtigsten Handelspartner Uruguays sind die MERCOSUR-Staaten Argentinien und Brasilien, ungefähr die Hälfte des Handels entfällt auf die Region der ALADI-

⁸ ECLAC (2002), S. 154

Staaten⁹. Das nachfolgende Schaubild zeigt den Außenhandel Uruguays in den Jahren 2001 und 2002 und illustriert die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Argentinien, die zu einem Einbruch des Handels um 64% von 316 Mio. US-Dollar (2001) auf 113 Mio. US-Dollar (2002) führte:

3. Tabelle: Uruguays Außenhandel 2001-2002¹⁰

CUADRO 42
URUGUAY
COMERCIO EXTERIOR GLOBAL
POR PAÍSES DE LA ALADI Y RESTO DEL MUNDO
2001-2002
En millones de dólares

PAÍS	EXPORTACIÓN		IMPORTACIÓN		SALDO		VARIACIÓN % 2002-2001	
	FOB		CIF				EXP.	IMP.
	2001	2002	2001	2002	2001	2002		
Argentina	316	113	706	541	-389	-427	-64,2	-23,4
Bolivia	3	2	1	1	2	1	-22,9	-50,8
Brasil	441	432	626	390	-185	42	-2,0	-37,8
Colombia	22	14	5	3	17	11	-36,8	-40,7
Cuba	1	0	0	5	0	-4	-59,8	2256,4
Chile	44	53	67	40	-23	13	19,2	-40,3
Ecuador	2	3	10	2	-9	1	76,0	-78,0
México	76	71	37	24	39	48	-6,4	-36,2
Paraguay	83	62	18	14	64	48	-25,5	-25,4
Perú	17	11	4	3	13	9	-32,5	-32,0
Venezuela	22	11	175	44	-152	-33	-50,1	-74,7
Total ALADI	1.026	772	1.649	1.065	-623	-293	-24,7	-35,4
Resto del Mundo	1.031	1.089	1.412	899	-380	189	5,6	-36,3
Total Global	2.058	1.861	3.061	1.964	-1.003	-103	-9,6	-35,8

Fuente: Banco Central del Uruguay

Elaboración: Secretaría General de la ALADI

In Summe ist die Europäische Union im Jahr 2002 zu Uruguays wichtigstem Handelspartner geworden, 441 Mio. € wurden dorthin ausgeführt. Da die Einfuhren aus der EU nur 345 Mio. € betragen, ist die Handelsbilanz positiv. Betrachtet man einzelne Länder, waren die USA nach Brasilien und Argentinien mit 141 Mio. € Exportvolumen im Jahr 2002 der drittwichtigste Handelspartner, Deutschland folgte mit 115 Millionen US-Dollar auf Platz vier.

⁹ ALADI ist der größte Zusammenschluss lateinamerikanischer Staaten. Die Mitglieder sind Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Ecuador, Mexiko, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela. Das Bündnis basiert auf dem Vertrag von Montevideo aus dem Jahr 1980 und hat seinen Sitz in Uruguay. (Vertragstext in englischer Sprache, URL:

http://www2.uol.com.br/actasoft/actamercosul/espanhol/tratado_de_montevideo.htm)

¹⁰ ALADI (2003), S. 55

B. Wirtschaftliche Entwicklung bis 1985

Uruguay war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der am besten entwickelten Volkswirtschaften Lateinamerikas und galt als Musterbeispiel für die Implementierung sozialer Standards. So war schon 1915 der Achtstunden-Arbeitstag eingeführt worden, seit 1926 gab es gesetzlich geregelte Mindestlöhne, im Jahr 1944 wurde die Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Das Land fiel jedoch ab den fünfziger Jahren, durch die Importsubstitutionspolitik, den Ausbau von Staatsunternehmen und ein kostenträchtiges soziales Sicherungssystem bei fallenden Rohstoffpreisen für die traditionellen uruguayischen landwirtschaftlichen Exportprodukte zurück. Die schlechte Wirtschaftslage gab schließlich wesentlich den Ausschlag für die Übernahme der Macht durch die Militärs im Jahr 1973, die 12 Jahre andauerte. Während der 1970er Jahre wurde noch ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3.7 Prozent, zu Beginn der 1980er Jahre geriet das Land in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nach einer Umstellung der Währungspolitik, in der von einer fixen Dollarkopplung zu einem "floating" Mechanismus übergegangen wurde, stieg der Pesokurs um 140 Prozent zwischen November 1982 und März 1983. Die überbewertete Währung, Kapitalflucht und Probleme mit dem Bankensystem führten zu einer Schuldenkrise und Rezession mit einem BIP-Rückgang von 16% zwischen 1982 und 1984.

C. Die Jahre nach dem Militärregime

Nach dem Ende des Militärregimes leitete die erste Regierung des Sozialdemokraten Julio María Sanguinetti seit März 1985 eine Liberalisierung der regulierten Wirtschaft ein. Zentrale Anliegen waren die Sicherstellung der Finanzierung des Sozialversicherungssystems und der Rückbau des überdimensionierten staatlichen Sektors. Mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurden kurzfristige Maßnahmen umgesetzt, eine Verfassungsänderung 1989 vergrößerte allerdings die Problematik im Bereich der Sozialversicherung wieder zusätzlich. In diesem Jahr stagnierte das Wachstum wieder, das Defizit des öffentlichen Sektors erreichte 7 Prozent und die Inflationsrate näherte sich 100 Prozent.

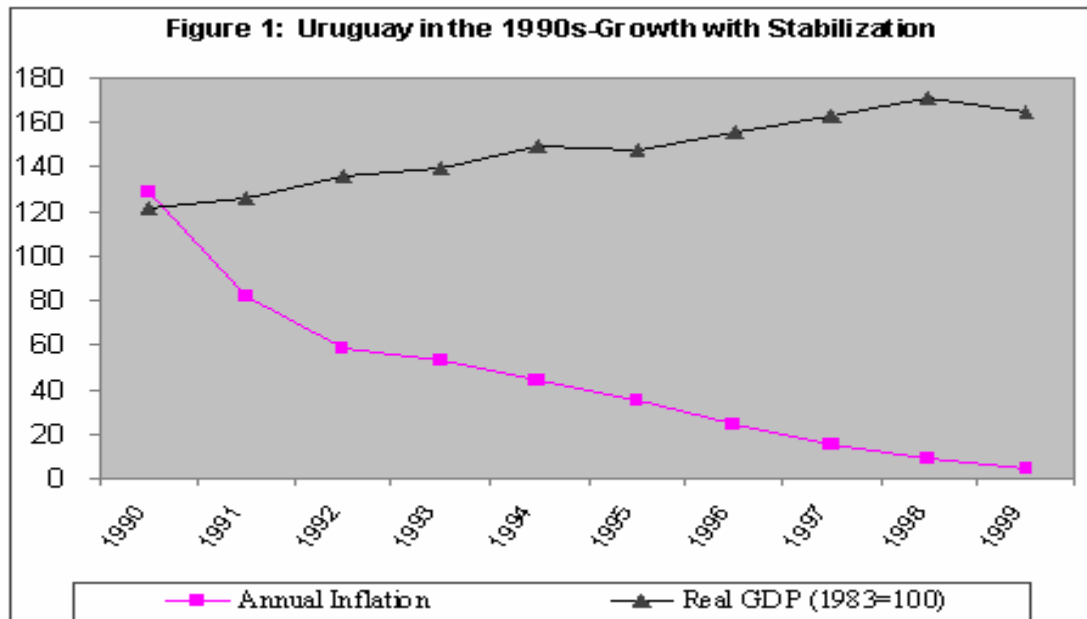
4. Tabelle: BIP Wachstum in Lateinamerika 1980-1990¹¹

Pais / Country	Sobre la base de cifras precios constantes de 1990 Based on figures at constant 1990 prices		
	1980- 1985	1985- 1990	1980- 1990
Argentina	-1.4	0.0	-0.7
Bolivia	-1.9	2.3	0.2
Brasil / Brazil	1.3	1.9	1.6
Chile	-0.2	6.3	3.0
Colombia	2.6	4.8	3.7
Costa Rica	0.2	4.3	2.2
Ecuador	1.8	1.6	1.7
El Salvador	-2.8	2.1	-0.4
Guatemala	-1.1	2.9	0.9
Haiti / Haiti	-1.0	-0.0	-0.5
Honduras	1.5	3.2	2.4
México / Mexico	1.9	1.8	1.9
Nicaragua	0.6	-3.5	-1.5
Panamá / Panama	3.6	-0.8	1.4
Paraguay	2.2	3.9	3.0
Perú / Peru	-0.5	-1.8	-1.2
República Dominicana / Dominican Republic	2.1	2.7	2.4
Uruguay	-3.5	3.7	0.0
Venezuela	-4.0	2.6	-0.7
Subtotal	0.6	1.7	1.2

In der zweiten Regierungszeit Sanguinettis von 1995-2000 wurde die Integration des Landes in den MERCOSUR vollzogen, der Regierung gelang es auch im September 1995, die Reform der Sozialversicherung vorzunehmen, die neben dem bisherigen Umlageverfahren auch Beiträge von privaten Pensionsfonds vorsieht. Die Jahre 1991 bis 1998 waren von einem dynamischen Wirtschaftswachstum geprägt, das sich in einem durchschnittlichen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von real 4,5 % und einer Verdopplung des Pro-Kopf-Einkommens von 3.229 auf 6.592 US\$ widerspiegelte. Diese Entwicklung lässt sich überwiegend auf die positiven Ergebnisse der Dienstleistungs-, Agrar- und Baubranche zurückführen. Lediglich die verarbeitende Industrie hatte zwischen 1990 und 1994 mit den durch die Integration in den MERCOSUR bedingten Veränderungen zu kämpfen. Bei sinkenden Inflationsraten wurde der Haushalt konsolidiert, schloss 1999 aber aufgrund der Rezession, die eine Auswirkung der Brasilien-Krise darstellte, mit einem Haushaltsdefizit von etwa 650 Mio. USD, was 3 % des BIP entspricht, ab.

¹¹ ECLAC (2000), S. 68

5. Tabelle: Uruguay 1990-1999; Inflation / Reales BIP (1983=100)¹²



Eine Studie, die von der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (IABD) Ende der 1990er Jahre durchgeführt wurde, entwickelte folgende mittelfristige Entwicklungsziele für die uruguayische Wirtschaftspolitik:

- "Consolidation of price stability" achieved in the framework of successive IMF programs; this will require containment of public spending, de-indexation of public- and private-sector prices and wages, and an increase in productivity.
- Recovery of international and regional competitiveness to achieve a vigorous expansion of exports and promote productive investment, economic growth and job creation.
- Modernization of State and governance with a view to rationalizing and downsizing the State's presence in the economy, decreasing its influence on private-enterprise production costs, and focusing its activities on the efficient provision of public goods in areas where it has comparative advantages. Improving the conditions of governance also requires modernization of the justice system, in its role as guarantor of individual rights.

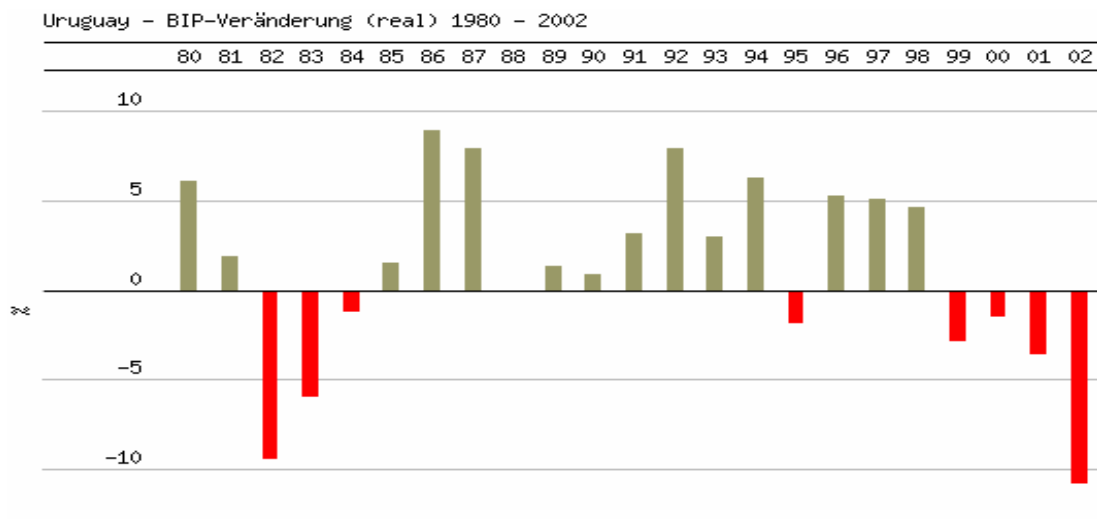
¹² The World Bank Group: Uruguay (URL: <http://www.ibrg.org>)

- Improved social welfare and equity, through measures that contribute to the following: reducing unemployment; expanding access to health care and to kindergarten and full-time regular education; (...) dealing with the needs of the most vulnerable sectors of society through targeted social programs, with a focus on those that address to the specific needs of early childhood and low-income families."¹³

D. Die Regierung Jorge Battles (seit dem Jahr 2000)

Die Regierung unter Jorge Battle kam im März 2000 in einer sehr schwierigen ökonomischen Phase ins Amt. Zu Beginn seiner Funktionsperiode wollte Battle das Haushaltsdefizit durch einschneidende haushaltspolitische Maßnahmen auf 2,5% des BIP reduzieren, erzielte allerdings den gegenteiligen Effekt: mit 4.8% erreichte das Defizit im Jahr 2002 seinen vorläufig höchsten Stand. Mangels der Durchsetzbarkeit von Vollprivatisierungen förderte die Regierung die Beteiligung privaten Kapitals in früher öffentlichen Monopolen vorbehaltenen Bereichen im Rahmen von Betreibermodellen. Die Rezession setzte sich im Jahr 2000 fort, das BIP ging um 1% zurück.

6. Tabelle: Veränderung des BIP 1980-2002 (in %)¹⁴

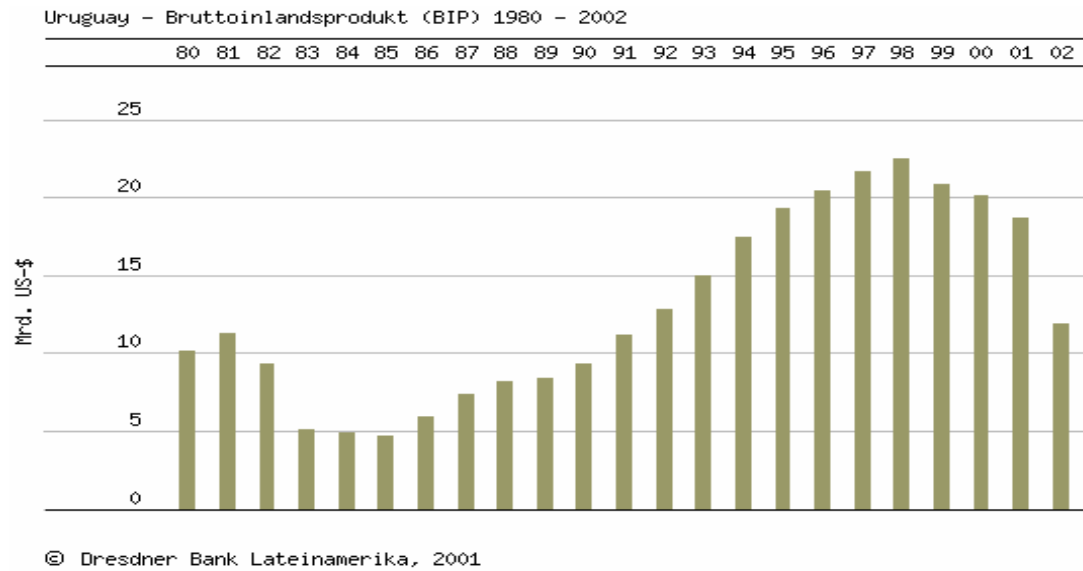


© Dresdner Bank Lateinamerika, 2001

¹³ Inter-American Development Bank (2000): S. 1 ff.

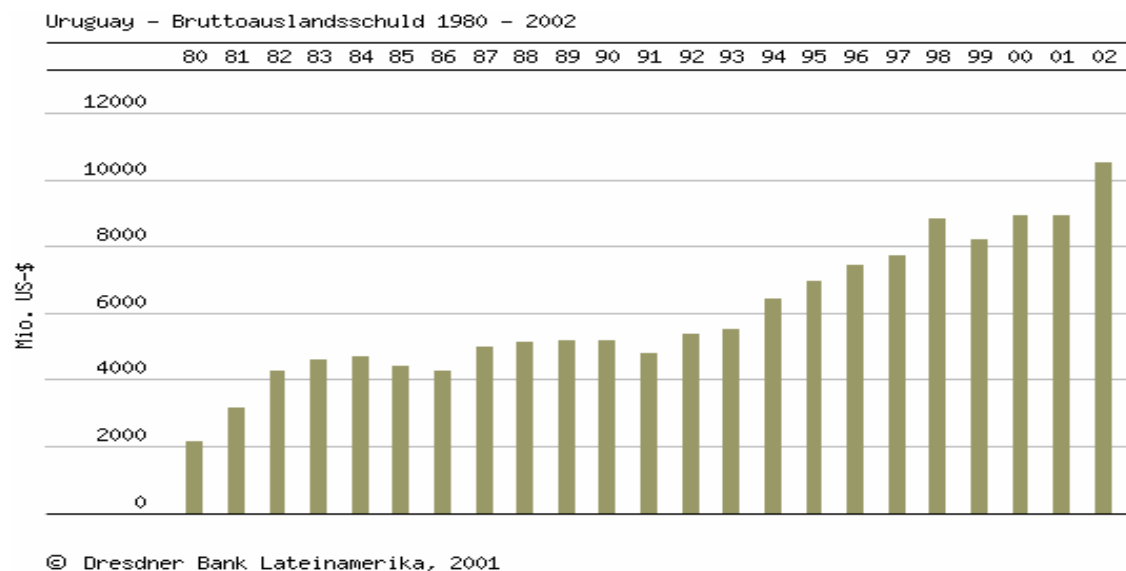
¹⁴ Lateinamerika-Datenbank: Dresdner Bank Lateinamerika (URL: <http://www.dbla.de>)

7. Tabelle: Veränderung des BIP 1980-2002 (in Millionen \$)¹⁵



Aufgrund der wirtschaftlichen Rezession und dem Rückgang des BIP stieg die Auslandsverschuldung 2002 auf 94% des BIP, die Schuldendienstquote betrug nach 26% im Jahr 2001 im Jahr 2002 bereits 84% der Exporteinnahmen.

8. Tabelle: Veränderung der Auslandsschulden 1980-2002¹⁶



¹⁵ Lateinamerika-Datenbank: Dresdner Bank Lateinamerika (URL: <http://www.dbla.de>)

¹⁶ Lateinamerika-Datenbank: Dresdner Bank Lateinamerika (URL: <http://www.dbla.de>)

E. Die Wirtschaftskrise 2002

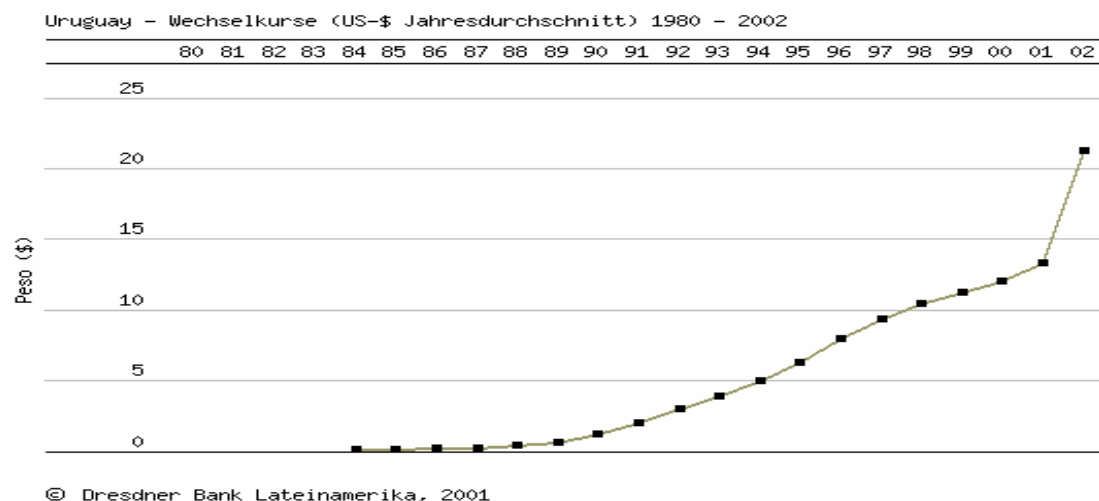
Im Jahr 2002 geriet die uruguayische Volkswirtschaft in ihre bisher schwerste Krise. Schon zu Beginn des Jahres stuften die internationalen Rating-Agenturen das Land zurück, nachdem das Haushaltsdefizit zum dritten Mal in Folge über 4% gelegen hatte. Uruguay wurde international für nicht mehr kreditwürdig befunden.

9. Tabelle: Rating internationaler Agenturen für Uruguay 1997-2002¹⁷

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Moody's	Baa3	Baa3	Baa3	Baa3	Baa3	B3
Standard & Poors	BBB-	BBB-	BBB-	BBB-	BBB-	B-
Fitch IBCA, Duff & Phelps	-	-	-	-	BBB-	B-

Nachdem es der Zentralbank nicht gelang, den Abfluss der Fremdwährungsreserven zu stoppen, gab die Regierung im Juni 2002 die Dollar-Koppelung des uruguayischen Peso auf. Dieser verlor daraufhin 90% seines Werts.

10. Tabelle: Wechselkurse Peso - US-\$ 1983-2002¹⁸



Auch danach setzte sich die Kapitalflucht fort und führte schließlich zu einer Liquiditätskrise einzelner Banken. Die Regierung verfügte Mitte des Jahres 2002 die Schließung sämtlicher inländischer Privatbanken. Um einen generellen Bankenkollaps zu ver-

¹⁷ Quellen: Fitch Ratings (<http://www.fitchratings.com/>), Standard & Poors (<http://www.standardandpoors.com/>) und Moody's (<http://www.moody.com/>)

hindern, wurde zudem ein Einfrieren der Zeiteinlagen vor Wiedereröffnung der Banken angeordnet. Bei Wiedereröffnung stellte sich heraus, dass durch betrügerische Manipulationen drei Banken insolvent geworden waren. Für sie wurde in der Folge eine Auffangbank, die "Nuevo Banco Comercial", geschaffen. Die Abwertung des Peso hatte zur Folge, dass Uruguays Auslandsschulden auf 11.4 Mrd. US-Dollar anwuchsen, also fast dem BIP des Jahres 2002 entsprachen. Bevor sich das argentinische Beispiel in Uruguay wiederholen konnte, schalteten sich der IWF, die Weltbank und die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank ein und ermittelten den Kreditbedarf Uruguays. Der IWF formulierte 10 Bedingungen, die Uruguay für einen Kredit bis Ende 2002 erfüllen musste¹⁹: Bis Ende Juni 2002 musste die Einführung neuer Instrumente zur Geldmarktpolitik zugesagt werden. Die staatliche Hypothekenbank Uruguays (BHU) musste Finanzierungsprojekte stoppen. Bis Ende September musste die uruguayische Zentralbank zusichern, dass die Banken wieder ordentliche Besicherungen für ihre Kreditrisiken vornahmen. Weiters forderte der IWF bis zum Jahresende 2003 ein Konzept zur Sanierung des Bankensystems - hier speziell der BHU, die Vorstellung einer Steuerreform vor dem uruguayischen Parlament und den Abschluss von Partnerschaftsabkommen zur Liberalisierung der Bereiche Öl, Energie, Wasser und Verkehr. Zur Überbrückung der Finanzkrise, die sich im August 2002 mit der vorübergehenden und zum Teil auch endgültigen Schließung von Banken dramatisch zugespitzt hatte, erhielt Uruguay nun von den USA einen kurzfristigen Kredit über 1.5 Mrd. US-Dollar. Gegen die Zusicherung von Strukturreformen stockten auch IWF, Weltbank und die Inter-Amerikanische Bank ihre Kredite im August um weitere 1.5 Mrd. US-Dollar auf. Uruguay erfüllte die eingegangenen Verpflichtungen weitgehend und willigte im Februar 2003 in Verhandlungen ein, deren Ziel die Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten war. Am 11. März 2003 wurde die angestrebte Umschuldung ("debts swap") von der Regierung bekannt gegeben. Über 93% der privaten in- und ausländischen Gläubiger stimmten in der Folge einer Vereinbarung zur Schuldenrestrukturierung zu, was eine Streckung der Laufzeit um durchschnittlich 5 Jahre ohne Reduktion der Gesamtverpflichtungen von insgesamt 5.3 Mrd. US-Dollar (davon 3.5 Milliarden im Ausland) bedeutete.

¹⁸ Lateinamerika-Datenbank: bDresdner Bank Lateinamerika (URL: <http://www.dbla.de>)

¹⁹ vgl. Instituto del Tercer Mundo/Third World Institute: Uruguay: IMF conditions support and claims structural reforms, (URL: <http://www.item.org.uy/FMI-intro-eng.htm>, abgerufen am 5. Dezember 2003)

Die Verpflichtungen, die mit multilateralen Finanzinstitutionen bestehen, waren von diesem Prozess ausgenommen.

1. Auswirkungen für die Bevölkerung

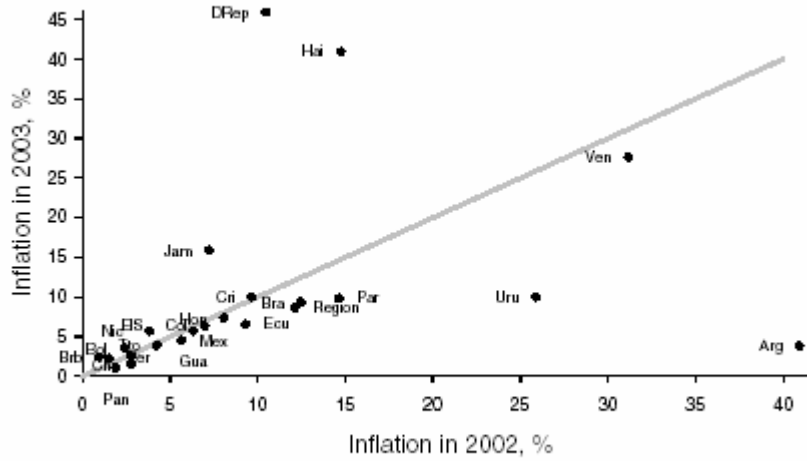
Der "Pressedienst Lateinamerikanischer Agenturen" zitiert im Februar 2003 den Bericht des Statistischen Instituts der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der staatlichen Universität Montevideo, nach dem zwischen Januar 2002 und Januar 2003 ein Preisanstieg von 26.6% für die besonders armen Haushalte stattfand. Um ihren Konsum auf dem Niveau von 1999 zu halten, bräuchten diese armen Haushalte um 42 Prozent höhere Einkommen als vor drei Jahren, stattdessen war ihr realer Wert sogar niedriger. Der Grund dafür liegt vor allem im starken Preisanstieg für Lebensmittel, die den Großteil des Konsums dieser Bevölkerungsschicht ausmachten: "Öl wurde um 87 Prozent teurer, Fleisch um 47 Prozent, Milch- und Geflügelprodukte um 27 Prozent, während die Preise für Arzneimittel um 31 Prozent stiegen. Zucker, Kaffee, Mate und Kakao stiegen um 51 Prozent, (rotes und weißes) Fleisch um 47 Prozent, Brot um 31 Prozent, alkoholische Getränke um 35 Prozent und Erfrischungsgetränke um 22 Prozent. Die Kosten für Schuhwerk stiegen unterdessen um 19, für Kleidung um 8,45 Prozent. (...) Die Kosten für Telefon stiegen um 37, für Kraftstoffe um 53 Prozent. Trinkwasser und Entsorgung, Strom, Gas aus Flaschen und aus der Leitung sowie kommunale Steuern stiegen durchschnittlich um 43 Prozent"²⁰ (siehe Tabelle 11).

²⁰ vgl. Nachrichtenpool Lateinamerika (<http://www.npla.de/>), Ausgabe Nr. 560

11. Tabelle: Lateinamerikanische Konsumentenpreisindizes 2002-2003²¹

LATIN AMERICA AND THE CARIBBEAN: CONSUMER PRICE INDICES

(Annual percentage variation)



Source: ECLAC, on the basis of official figures.

²¹ ECLAC (2003b), S. 61; Uruguay hat das Länderkürzel "Uru"

IV. Die Vereinbarungen mit dem IWF

Das Abkommen zwischen dem IWF und Uruguay, das bis 2005 läuft, beruht auf einem neu erarbeiteten Wirtschaftsplan. Dieser beinhaltet die Verpflichtung Uruguays,

- zahlungsunfähige Banken nicht weiter zu unterstützen,
- zur zügigen Durchsetzung einer Steuerreform, die wesentlich zum Erreichen des Primärüberschussziels von 3.2% 2003, und durchschnittlich 3.3% für die Jahre 2003/2004²² beitragen soll,
- zur Kürzung von öffentlichen Ausgaben und diesbezüglicher Disziplin,
- zur Handhabung eines flexiblen Wechselkurses und Erhöhung der "monetary Base" um 25% im Laufe des Jahres 2003.

12. Tabelle: Wirtschaftliche Annahmen für Uruguay 2003²³

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Binnenwirtschaft						
nominales BIP in Mrd. \$	20.9	20.1	18.7	11.8	10.3	10.3
BIP / Kopf in \$	6310	6010	5560	3490	3030	3010
Veränderung reales BIP ²⁴	-2.8%	-1.3%	.3.1%	-11%	-1%	4.5%
Inflationsrate ²⁵	5.6%	4.8%	4.3%	25.9%	11%	15%
Arbeitslosenquote	11.4%	13.5%	14.9%	16.4%	15.5%	15%
Budgetdefizit	-3.7	-3.4	-4.5	-4.2	-3.9	-3.2
Auslandsverschuldung						
Öffentliche in Mrd. \$	5.1	5.6	6.2	7.3	7.6	7.8
Private in Mrd. \$ ²⁶	0.4	0.5	0.7	0.6	0.4	0.3
Kurzfristige in Mrd. \$	1.8	1.9	1.7	1.0	1.1	1.3
Gesamtverschuldung in Mrd. \$	7.5	8.2	8.7	11	11.3	11.4
Gesamtverschuldung in BIP % ²⁷	35.9	40.8	46.5	93.6	109.2	111
Auslandsschulden in % der Exporte²⁸				375	383	408

²² Gemeint ist das "primary surplus target", der Budgetüberschuss zur Bezahlung der Zins- und Tilgungsdienste für externe Schulden

²³ Quellen: LRP (<http://www.lrp.de/>), Banco Central de Uruguay, IWF, INE Uruguay

²⁴ Prognose 2003/2004 aus dem letzten IWF Art. IV Konsultationsbericht, IMF (2003)

²⁵ Prognose 2003: IMF (2003)

²⁶ mittel- bis langfristig

²⁷ ohne Offshore-Einlagen

Im letzten "Artikel-IV"-Konsultationsbericht vom August 2003 sieht der Internationale Währungsfonds eine positive Entwicklung und definiert die folgenden Erfolgskriterien für die Konsolidierung, auf die nachfolgend detailliert eingegangen werden soll:

- Nachhaltige Wirtschaftsverlagerung vom Agrar- hin zum Dienstleistungssektor
- Deregulierung des Energiesektors (Wasserkraft, Erdgas)
- Reform des Pensionssystems (Fokus Militär, Polizei, Banken)
- bessere Zielgruppenorientierung für soziale Unterstützungsmaßnahmen
- Restrukturierung der öffentlichen Banken (v. a. der BROU)
- Steuerreform (geringere Anzahl, größere Vereinheitlichung, Abgabendisziplin)

A. Veränderung der Wirtschaftsstruktur

Wie in Kapitel III ausgeführt, wird die uruguayische Wirtschaft vor allem von der Landwirtschaft, dem Bankenbereich und dem Tourismus dominiert. Die Hauptexportprodukte kommen aus dem landwirtschaftlichen Bereich (Fleisch, Milch, Getreide, Leder etc.). Die industriellen Aktivitäten sind um die Landwirtschaft angesiedelt, darüber hinaus existiert eine kleine Automobilzuliefer- und Chemieindustrie. Der Ausbau des Dienstleistungssektors wird vor allem in den folgenden Bereichen forciert:

1. Bank- und Finanzdienstleistungen

Mit der Errichtung von "Free Trade Areas" soll die Attraktivität als Niedrigsteuerland die Zweigniederlassungen internationaler Finanzdienstleister ermöglichen. Mit der Beibehaltung des strengen Bankgeheimnisses und Sicherungssystemen für Kapitaleinlagen möchte Uruguay wieder seinen früheren Status als "Schweiz Südamerikas" zurückerobern.

2. Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Mit der Errichtung von Technologie- und Geschäftszentren um die großen Städte soll Uruguay - ähnlich wie zwei Jahrzehnte vorher beispielsweise Indien - zu einem der Zentren der IKT-Industrie Südamerikas ausgebaut werden. Ein erster großer Park ist mit "Zonamerica"²⁹, 50 km von Montevideo entfernt, entstanden. Hier gelang die An-

²⁸ 2002-2004: Prognose DBLA (<http://www.dbla.de>) 11/2003

²⁹ Zonamerika (URL: <http://www.zonamerica.com.uy>)

siedlung großer internationaler Konzerne mit ihren regionalen Entwicklungszentren (z. B. Tata, Merrill Lynch, Prudential, PriceWaterHouseCoopers, Deloitte & Touch) mit der Einräumung verschiedenster Abgabenbefreiungen - z. B.:

- Befreiung von allen nationalen und Unternehmenssteuern,
- keine Zölle oder Verkaufssteuern im Gebiet des Technologieparks,
- keine Sozialversicherungsabgaben für ausländisches Personal,
- freier Kapitaltransfer und Umtausch in Fremdwährungen,
- geringe Telekommunikations- und Energiekosten.

Die zusätzlichen Standortvorteile werden in der Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Personal, dem wieder klaglos funktionierenden Bankensystem und dem weit ausgebauten Sozialsystem des südamerikanischen Landes gesehen.

3. Tourismus / Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

Uruguay versucht seinen bisherigen Status als Geheimtipp weniger internationaler Reisender und der "reichen Nachbarn" (75% der etwa 2 Millionen Touristen kommen aus den Nachbarländern Argentinien und Brasilien) zugunsten der Einbindung in die Netzwerke des organisierten Massentourismus aufzugeben. Dazu wurde die ehemals staatliche Fluglinie PLUNA bereits vor einigen Jahren teilprivatisiert (49 % des Kapitals wird von der brasilianischen Fluggesellschaft VARIG gehalten). Der Flughafen Carrasco (bei Montevideo) soll modernisiert und von privaten Betreibern als übernommen werden, weiters soll der Flughafen in Punta del Este, dem renommiertesten Badeort, ausgebaut und über interkontinentale Verbindungen besser von Europa und Asien aus erreichbar werden. Der Ausbau der Verkehrswege betrifft auch die Verbindung nach Argentinien, hier soll mit einer 41 km langen Brücke über den Rio de la Plata zwischen Colonia und Buenos Aires die Lücke der Autobahn "eje vial del cono sur" geschlossen werden, die dann von Sao Paulo in Brasilien über Uruguay und Argentinien bis nach Chile verlaufen würde.

B. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung

Der überdimensionierte staatliche Sektor ist seit jeher ein Kritikpunkt der internationalen Finanzinstitutionen. Im Jahr 2003 konnte allerdings eine Steigerung der Einkünfte aus den noch nicht privatisierten mehrheitlich staatlichen Unternehmen erreicht werden.

13. Tabelle: Finanzergebnisse staatlicher Unternehmen Uruguays³⁰

FINANCIAL RESULTS OF PUBLIC COMPANIES

Millions of US dollars. Accumulated between January and September of 2002 and 2003

	Jan / Sep 02	Jan / Sep 03	Change
AFE (Railway)	0.9	0.3	-71%
ANCAP (Fuel, Alcohol, Cement)	18.8	-27.7	-247%
ANP (Ports)	-3.7	6.5	-276%
ANTEL (Telecommunications)	2.3	31.6	1268%
OSE (Water)	21.0	25.4	21%
UTE (Electricity)	58.1	121.1	108%
Total (USD millions)	97.5	157.2	61%

Source: in house analysis based on Central Bank data.

Uruguay sicherte dem IWF und der Weltbank die weitere Privatisierung staatlicher Betriebe und die nachhaltige Liberalisierung seines Energiemarktes zu. Hier bestehen allerdings große Widerstände in der Bevölkerung und bei den Oppositionsparteien, die immer wieder zur Rücknahme von Gesetzen nach Abhaltung öffentlicher Referenden führen. Die Bereiche, in denen Maßnahmen vereinbart wurden sind die folgenden:

1. Wasserversorgung

Mit "Guarani" verfügt Uruguay über das größte bekannte unterirdische Süßwasserreservoir der Welt, das bis zu 360 Millionen Menschen mit Wasser versorgen könnte. Allerdings gibt es in der Bevölkerung massive Ressentiments gegen den Verkauf oder die Privatisierung. Als die Regierung im Jahr 2002 die mit dem IWF akkordierte Vorgangweise in ein neues Wassergesetz schrieb, stimmte die über die relative Mehrheit verfügende Mitte-Links-Koalition "Frente Amplio" im Parlament gegen diese Maßnahme, unter anderem auch mit dem Verweis auf die Probleme hinsichtlich der Wasserversorgung des wichtigen Touristenzentrums Punta del Este. Da sich bereits 300.000 Bürger hinter eine Initiative gestellt haben, die eine Volksabstimmung über die Rücknahme dieses Vorhaben fordert, ist eine Entscheidung erst nach der nächsten Parlamentswahl 2004 - und damit wahrscheinlich erst 2005 zu erwarten.

³⁰ vgl. PWCC (2003), S. 8

2. Privatisierung der staatlichen Erdölgesellschaft ANCAP³¹

Eine Volksabstimmung im Dezember 2003 verhinderte die Teilprivatisierung der staatlichen Erdölgesellschaft ANCAP, die das Monopol auf sämtliche Erdölexporte und -importe hat und auch für das staatliche Alkohol- und Zementmonopol zuständig ist. In dem Referendum lehnten 55% der Stimmberechtigten die bereits in einem Gesetz aus dem Jahr 2001 formulierten Privatisierungspläne ab.

3. Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur

Mit der Vergabe einer Konzession für die Einnahme von Mautgebühren auf 51% des Straßennetzes handelte sich die Regierung wiederholte Proteste und Blockierungsmaßnahmen ein, was eine Reduzierung der diesbezüglichen Gebühren durch die CVU³² nach sich zog. Nach der Versteigerung des Containerhafens von Montevideo und des Flughafens Carrasco, sollten auch Teilstrecken der staatlichen Eisenbahngesellschaft AFE³³ bis Jahresende 2003 privatisiert werden. Konkret ging es um die Strecke Montevideo-Rivera, die wichtigste und längste Strecke der Staatsbahn. Die internationalen Organisationen bemängeln die hohen Logistikkosten, die Uruguays Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit dem Durchschnitt der OECD-Staaten, aber auch Ländern wie Chile und Mexiko schwächt. Zur Verbesserung dieser Situation könnte auch die Bahnliberalisierung im Güterverkehr beitragen, in dem diese derzeit mit 5% des gesamten Transportaufkommens nur einen sehr kleinen Anteil einnimmt³⁴.

4. Energieerzeugung

Bereits im Juni 1997 wurde vom uruguayischen Parlament ein Gesetz zur Liberalisierung der Erzeugung und des Verkaufs von Elektrizität beschlossen. Die staatliche Energiefirma UTE³⁵ steht im Zentrum der Energieerzeugung und des Energiehandels, für die Liberalisierung wurde mit der UREE³⁶ ein Regulator eingerichtet. Die UTE wurde

³¹ Administración Nacional de Combustibles, Alcohol y Portland (URL: <http://www.ancap.com.uy/>)

³² Corporation Vial del Uruguay, verantwortlich für 1.272 der 2.490 Straßenkilometer Uruguays (vgl. <http://www.cnd.org.uy>)

³³ Asociación de Ferrocarriles del Estado

³⁴ vgl. Worldbank (2003), S. 10

³⁵ Administración Nacional de Usinas y Trasmisiones Eléctricas (UTE), (URL: <http://www.ute.com.uy>)

³⁶ Unidad Reguladora de la Energía Eléctrica (URL: <http://www.uree.gub.uy>)

beauftragt, beim Bau neuer Kraftwerke die Zusammenarbeit mit privaten Investoren, die bis zu 40% der Anteile halten können, zu forcieren.

C. Restrukturierung des Bankensektors

Uruguay verfügt über ein duales Bankensystem, das aus dem nationalen Bankenmarkt und dem so genannten "Offshore"-Sektor besteht. Der private Bankensektor ist vollständig in ausländischer Hand, mit der Dresdner Bank Lateinamerika ist auch eine große deutsche Bank vertreten. Die staatliche BROU (Banco República) erwirtschaftete in den letzten Jahren Gewinne, während die BHI (Banco Hipotecario), die langfristige Wohnbaudarlehen vergab, defizitär war und außerdem ein beträchtliches Ungleichgewicht zwischen Verbindlichkeiten in US-Dollar und Forderungen in uruguayischen Peso aufwies. Die Vereinbarung mit dem IWF aus dem Jahr 2002 beinhaltet Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz, mit der die BROU arbeitet, die Reduzierung und vollständige Dokumentation von Kreditrisiken und die Einführung von "Corporate Governance" Richtlinien. Die BHU wurde inzwischen von einer Bank in eine staatliche Organisation (eine Art nachgeordnete Dienststelle des Finanzministeriums) umgewandelt, am in der Verfassung in Artikel 45 festgehaltenen Prinzip, dass jedem Uruguayer das Recht auf eine angemessene Wohnung zusteht, wird damit weiterhin festgehalten.³⁷

D. Steuerreform

Der dem Parlament von Finanzminister Isaac Alfie schon Ende 2002 vorgelegte Entwurf eines Gesetzes für eine Steuerreform beinhaltete vor allem die drastische Reduktion und Vereinheitlichung der Steuern und die verstärkte Kontrolle der Abgabendisziplin. Nach der Reform sollten nur mehr die folgenden vier nationalen Steuern existieren:

- Mehrwertsteuer ("VAT") - wird beim Verkauf von beweglichen Gütern innerhalb von Uruguay, für die Erbringung von Dienstleistungen und den Import von Gütern erhoben wird

³⁷ vgl. Gandelman, Nestor: Housing Finance in Uruguay. The Role of the Public Sector (URL: <http://www.iadb.org/res/publications/pubfiles/2>, abgefragt am 10. Dezember 2003)

- Interne spezifische Steuer (in Spanisch "IMESI" oder "IST") - eine Steuer, die für den erstmaligen Verkauf bestimmter Produkte eingehoben wird (z. B. Spirituosen, Tabak, Kosmetik, Fahrzeuge, Öl, Elektrizität)
- Einkommenssteuer (in Spanisch "IRIC" oder "IT") - wird von Unternehmen auf in Uruguay gemeldete Einkünfte eingehoben
- Lohnsteuer ("IRP")

Weitere Änderungen stellen die geplante Abschaffung verschiedener Ausnahmen für die Mehrwertsteuer und ihre Senkung von 23% auf 19% dar. Hinsichtlich der Einkommenssteuer ist geplant, diese auf Professionals und Dienstleistungsunternehmen zu erweitern, die im alten System von dieser nicht betroffen sind³⁸. Über die Umsetzung der Steuerreform konnte allerdings noch kein Konsens erzielt werden, eine großflächige Implementierung ist erst nach den Wahlen im Herbst 2004 zu erwarten.

E. Reform des Systems der sozialen Sicherung

Uruguay unterhält traditionell ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung, dessen Aufbau bereits in den 1930er Jahren begonnen wurde. Allerdings sind die Probleme vor allem hinsichtlich der Armutsgefährdung groß: Im letzten IWF-Konsultationsbericht wird erwähnt, dass die Armut von 11% im Jahr 1999 auf 24% im Jahr 2002 angestiegen sei, die Hälfte der Kinder unter sechs Jahren würde unterhalb der Armutsgrenze aufwachsen.³⁹ Der IWF fordert daher das Überdenken des Systems, um Bedürftigen eine bessere Unterstützung zukommen zu lassen und weniger Bedürftige nicht mehr vom System profitieren zu lassen. Vor allem müsse die Einbeziehung von Personen, die nicht in "Normalarbeitsverhältnissen" stehen, besser ermöglicht werden. Die Maßnahmen, die vom IWF vorgeschlagen werden, reichen von einer Reform der Arbeitslosenversicherung über die Restrukturierung der Finanzierung des Gesundheitssystems (v. a. im Hinblick auf das Abwälzen von Risiken auf private Versicherer, sog. Instituciones de Asistencia Médica Colectiva (IAMS)⁴⁰) und die Verbesserung des Managements des Ausbildungssektors. Die nachfolgenden Graphiken geben einen guten Eindruck über

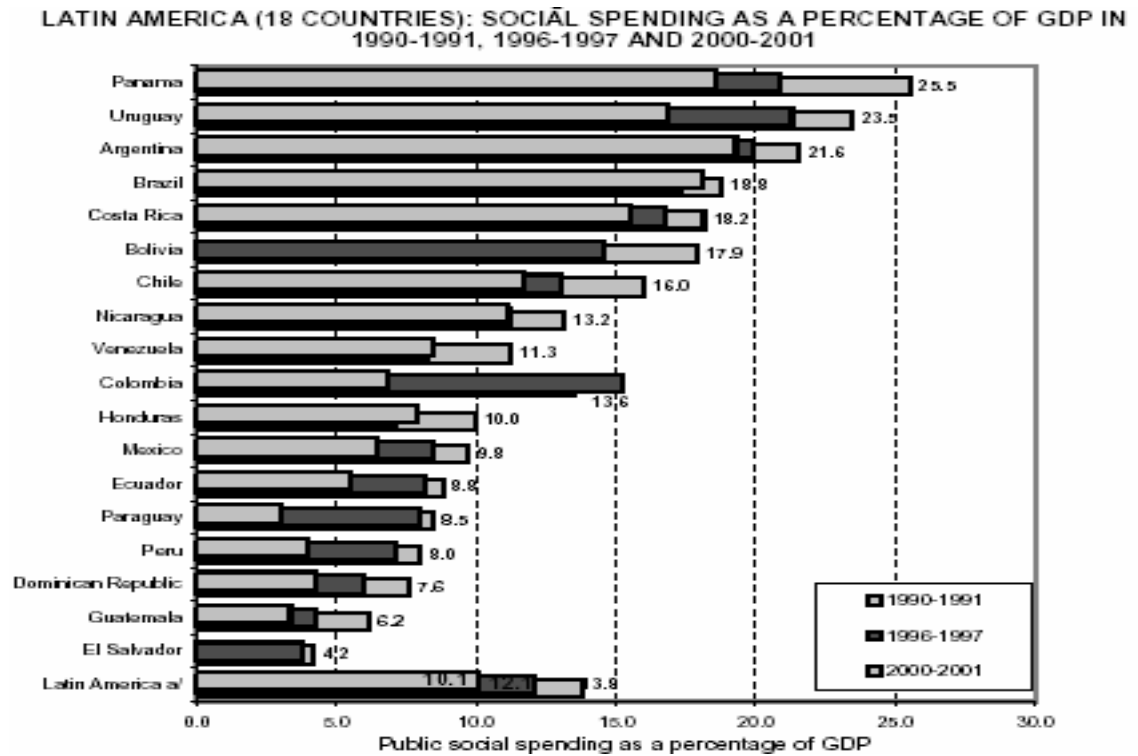
³⁸ Quelle: "El Pais" (URL: <http://www.elpais.com.uy/>), "El Observador" (URL: <http://www.observa.com.uy/>)

³⁹ vgl. IMF (2003), S. 16

⁴⁰ vgl. Worldbank (2003), S. 13

das verhältnismäßig großzügig ausgebaute System der sozialen Leistungen, das nur mit Argentinien und Panama vergleichbar ist:

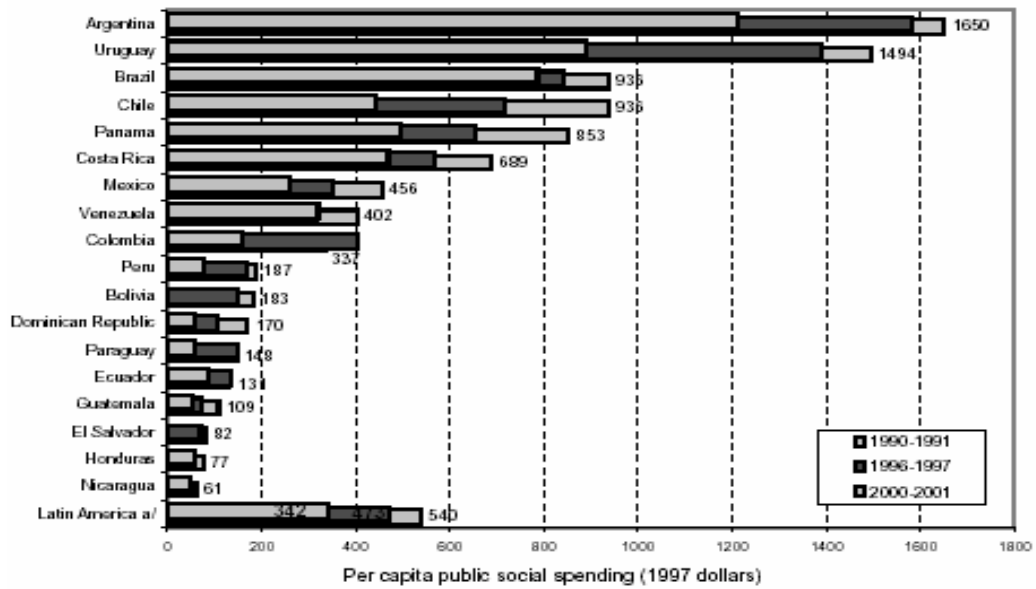
14. Tabelle: Sozialversicherungsausgaben in Prozent des BIP⁴¹



⁴¹ ECLAC (2003b), S. 24

15. Tabelle: Sozialversicherungsausgaben pro Kopf⁴²

LATIN AMERICA (18 COUNTRIES): LEVEL OF PER CAPITA SOCIAL SPENDING IN 1990-1991, 1996-1997 AND 2000-2001 (1997 dollars)



⁴² ECLAC (2003b), S. 24

V. Zusammenfassung und Ausblick

Uruguay hat sich durch die Kredite von den USA und internationalen Finanzinstitutionen Luft verschafft, allerdings besteht noch ein weiter Weg zur nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung des Landes und der Region, der innere Reformen voraussetzt, die langfristig zu einem stabilen Wirtschaftswachstum verhelfen. Durch die Umschuldung, die mit dem "debts swap" im März 2003 vorgenommen wurde, ist die Schuldenlast nicht gesunken, im Gegenteil wurden die Verpflichtungen größer und betragen derzeit fast 100% des BIP. Die Rückzahlung wurde nur um einige Jahre verschoben, zudem müssen jedes Jahr 1.17 Mrd. US-Dollar an internationale Organisationen zurückgezahlt werden (siehe Tabelle 15)⁴³ Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Argentinien verhinderte eine rasche Erholung, sodass man auch 2003 mit einem rückläufigen Wirtschaftswachstum, schwachen Investitionen und weiter steigenden Preisen kämpfen musste. Die Zahlen des dritten und vierten Quartals 2003 lassen eine Trendwende erhoffen: Nach einem Bericht der Deutsch-Uruguayischen Handelskammer⁴⁴ stieg das BIP im dritten Quartal um real 7.1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum - zum ersten Mal seit dem vierten Quartal 1998 - und um 2,4 % im Vergleich zum 2. Quartal. Das Wachstum beschränkte sich nicht nur auf wenige Branchen, sondern wurde von fast allen Bereichen der uruguayischen Wirtschaft getragen. Insbesondere war im dritten Quartal ein zweistelliger Zuwachs im Hotel- und Gastgewerbe zu verzeichnen, der Agrarsektor stieg um 7.1%. Auf der Nachfrageseite trugen die Exporte und Einnahmen aus der Tourismusbranche zum Aufschwung bei. Die Binnennachfrage war angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von 16% weiterhin gering. Dennoch lagen die Konsumausgaben um 10% höher als im Vorjahr. Auch der Wert für die Inflation lag mit 10% deutlich unter den zum Jahresanfang prognostizierten 27%. Im Dezember 2003 hob das Wirtschaftsministerium die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum des Landes auf 0.5 bis 1%, nachdem man am Jahresanfang noch mit -2% gerechnet hatte.

Die wirtschaftliche Gesamtprognose für Lateinamerika ist eng der Frage verbunden, wie es den großen Volkswirtschaften in Argentinien, Brasilien und Mexiko geht. Die ab-

⁴³ vgl. PWCC (2003), S. 7

⁴⁴ vgl. Deutsch-Uruguayische Handelskammer (URL: <http://www.ahk-uruguay.com/>)

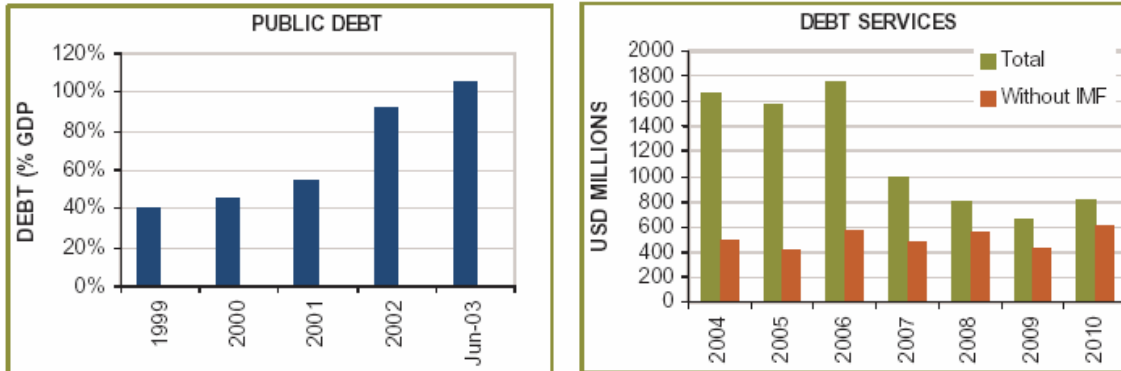
schließenden Graphiken der "Economic Commission for Latin America and the Caribbean" (Tabelle 17) und der Dresdner Bank Lateinamerika (Tabelle 18 und 19), geben Anlass zur Hoffnung auf eine Phase des Wirtschaftswachstums nach einer Phase der wirtschaftlichen "Re-Aktivierung". Die Dresdner Bank prognostiziert ein Gesamtwachstum für Lateinamerika von 3.9% und sieht eine positive Veränderung: "Alles deutet darauf hin, dass Lateinamerika nach zwei Jahren Stagnation im kommenden Jahr wieder ein solides Wirtschaftswachstum aufweisen wird. Dafür spricht das günstige externe Umfeld, das u.a. durch die weltweite Konjunkturbelebung, die hohen Commodity-Preise sowie das weiterhin niedrige internationale Zinsniveau geprägt ist. In vielen Ländern dürften auch positive interne Entwicklungen diese Wachstumsimpulse unterstützen".⁴⁵ Auch Uruguays Wirtschaft wird auf dem richtigen Weg gesehen. Für 2003 konnte das Primärüberschussziel von 3% erreicht werden, für 2004 plant die Regierung einen Primärüberschuss von 3.2% bei einem Budgetdefizit von 2.9%. Wirtschaftsminister Alfie rechnet 2004 mit einem Wirtschaftswachstum von 5%, realen Lohnerhöhungen von 1-2%, dem Entstehen von durchschnittlich 50.000 neuen Arbeitsplätzen und einem Exportwachstum zwischen 15 und 20%⁴⁶. Ein im Dezember vorgestelltes Konjunkturprogramm soll die Wirtschaft ankurbeln und enthält dazu Maßnahmen wie die Vergabe neuer Kredite für den Mittelstand und Kleinbetriebe, die Wiederaufnahme von staatlichen Investitionen und Importerleichterungen. Die wesentlichen Aufgabenstellungen für die Wirtschaftspolitik 2004 beinhalten die Sparsamkeit auf der Ausgabenseite, das Aushandeln einer Umschuldung der Verbindlichkeiten gegenüber den internationalen Finanzorganisationen und die Senkung der Inflation, die für 2004 mit 7 bis 9% angenommen wird. Die nachhaltige Erholung der Wirtschaft kann allerdings nur im Kontext einer gesamthaften positiven Entwicklung der Region stattfinden. Wichtige Impulse dazu können die positiven Wachstumsprognosen für Argentinien und Brasilien, das kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen mit den Ländern des Andenpakts⁴⁷ und die Verabschiedung einer gesamt-amerikanischen Freihandelszone auf der Konferenz von Monterrey im Januar 2004 darstellen.

⁴⁵ vgl. DBLA (2003b), S. 5

⁴⁶ vgl. PWCC (2003), S. 9

⁴⁷ Dieses Abkommen kam auf Initiative der argentinischen MERCOSUR-Präsidentschaft mit maßgeblicher Unterstützung der Brasilianer zustande.

16. Tabelle: Uruguay: Öffentliche Schulden und Schuldendienst⁴⁸



Source: BCU

17. Tabelle: Lateinamerika und Karibik: Fiskalindikatoren⁴⁹

	Primary balance		Global balance		Public debt ^b 2002
	2002	2003 ^c	2002	2003 ^c	
Latin America and the Caribbean ^d	-0.3	0.6	-3.0	-2.4	67.0
Argentina ^e	1.8	1.8	-0.3	-0.2	134.4
Bolivia ^f	-7.1	-3.7	-9.2	-6.6	82.9
Brazil ^g	2.3	2.5	-0.3	-1.1	52.6
Chile	-0.5	-0.3	-0.8	-0.8	15.8
Colombia ^g	-1.0	-0.3	-4.9	4.7	49.2
Costa Rica	0.0	1.4	4.3	-2.8	38.6
Ecuador	2.6	2.1	-0.8	-0.9	55.6
El Salvador	-1.6	-0.3	-3.1	-2.1	41.5
Guatemala	0.3	-0.4	-1.0	-1.6	17.2
Haiti	-2.3	-3.0	-3.1	-4.0	52.8
Honduras	-3.3	-3.7	-5.2	-5.8	70.5
Mexico	0.8	2.0	-1.8	-0.6	20.4
Nicaragua	1.6	2.8	4.1	-2.3	329.9
Panama	2.7	2.7	-2.4	-2.6	82.9
Paraguay ⁱ	-1.7	0.0	-3.3	-1.0	42.4
Peru	-0.2	0.1	-2.2	-1.9	47.2
Dominican Republic	-1.3	1.9	-2.2	-0.4	20.9
Uruguay ^j	0.0	3.0	-4.6	-3.6	82.1
Venezuela	1.0	1.9	-3.3	-3.0	35.6

Source: ECLAC, on the basis of official figures.

^a Includes social security. ^b Debt figures correspond to the public sector; except in Chile, Costa Rica, El Salvador, Honduras and Peru where the coverage corresponds to central government. ^c Preliminary estimate. ^d Simple average. ^e National administration. ^f General government. ^g Federal government. ^h National central government. ⁱ Central administration. ^j Public sector.

⁴⁸ vgl. PWCC (2003), S. 7

⁴⁹ Prozentsätze des BIP beziehen sich auf aktuelle Preise.

Quelle: ECLAC (2003b), S. 34

18. Tabelle: Lateinamerika Indikatoren 2002-2004 (Binnenwirtschaft)⁵⁰

BINNENWIRTSCHAFT	BIP-Veränderung in % (real)			Inflation in % (Jahresende)			Haushaltssaldo in % des BIP		
	2002	2003p	2004p	2002	2003p	2004p	2002	2003p	2004p
Argentinien	-10,9	6,9	4,5	41,0	4,0	7,0	-1,9	0,2	0,6
Bolivien	2,8	1,5	1,5	2,4	3,6	3,0	-8,9	-9,0	-8,0
Brasilien	1,5	0,8	3,5	12,5	9,2	6,3	-4,7	-5,1	-2,6
Chile	2,1	3,6	4,5	2,8	2,0	3,0	-0,8	-1,0	0,0
Costa Rica	3,0	5,3	4,8	9,7	8,4	8,3	-5,4	-4,5	-3,8
Dominikanische Republik	4,1	-3,0	1,7	10,5	33,0	9,7	-2,0	-3,5	-2,4
Ecuador	3,4	2,5	2,3	9,4	6,8	6,2	0,6	0,7	1,1
El Salvador	2,1	1,8	2,5	2,8	1,7	1,4	-3,3	-2,5	-2,0
Guatemala	2,2	2,0	3,0	6,0	5,5	6,0	-1,0	-2,1	-1,5
Honduras	2,5	2,5	3,0	8,1	7,4	7,6	-2,0	-1,0	0,0
Jamaika	1,0	2,0	1,5	7,3	13,0	8,0	-9,0	-8,0	-6,0
Kolumbien	1,5	3,0	3,0	6,5	6,5	6,0	-3,6	-3,0	-2,8
Mexiko	0,9	1,2	3,9	5,7	3,5	3,0	-1,4	-0,5	-0,3
Nicaragua	1,0	1,8	3,5	3,9	5,6	4,5	-16,0	-13,5	-11,0
Panama	0,8	1,9	2,5	1,8	1,4	1,7	-2,7	-2,8	-2,7
Paraguay	-2,2	1,5	2,0	14,6	15,0	14,0	-2,8	-2,9	-1,8
Peru	4,9	4,0	4,5	1,5	1,8	2,3	-2,3	-1,9	-1,8
Trinidad & Tobago	3,1	4,0	4,5	4,3	4,0	4,0	-0,4	-1,0	0,5
Uruguay	-10,8	-1,0	3,5	25,9	11,0	15,0	-4,2	-3,9	-3,2
Venezuela	-8,9	-10,5	6,0	31,2	26,5	25,3	-1,1	-3,2	-4,5
Lateinamerika (17 Länder)	-0,1	1,2	3,9	11,2	6,5	5,7			

⁵⁰ DBLA (2003b), S. 2

19. Tabelle: Lateinamerika Indikatoren 2002-2004 (Außenwirtschaft)⁵¹

AUSSENWIRTSCHAFT AUSLANDSVERSCHULDUNG	Leistungsbilanz in % des BIP			Importdeckung in Monaten*			Auslandsschuld in % der Exporte*		
	2002	2003p	2004p	2002	2003p	2004p	2002	2003p	2004p
Argentinien	9,0	6,7	5,9	5,5	6,1	6,1	423	406	383
Bolivien	-4,4	-2,3	-2,3	3,0	3,7	3,5	300	286	263
Brasilien	-1,7	0,7	-0,2	5,4	6,8	7,2	284	264	251
Chile	-0,8	-0,7	-0,9	7,5	7,0	6,2	174	159	151
Costa Rica	-5,4	-3,6	-5,0	2,0	1,9	1,8	62	63	62
Dominikanische Republik	-4,1	7,1	6,0	0,5	0,8	0,9	63	71	74
Ecuador	-5,0	-3,3	-2,2	1,1	1,1	1,1	263	259	260
El Salvador	-2,7	-5,3	-5,4	3,1	2,9	2,7	150	152	153
Guatemala	-5,1	-4,8	-4,7	3,9	4,0	3,5	122	128	129
Honduras	-3,7	-4,6	-4,0	4,9	4,1	4,2	195	180	171
Jamaika	-13,0	-11,0	-8,0	3,8	2,3	2,2	162	144	138
Kolumbien	-2,0	-2,0	-2,0	6,8	6,8	6,0	264	251	246
Mexiko	-2,2	-1,8	-1,8	3,0	3,1	3,1	91	90	87
Nicaragua	-35,2	-33,6	-32,2	2,5	2,7	3,1	667	619	235
Panama	-1,3	-2,4	-2,3	1,6	1,5	1,6	94	93	95
Paraguay	5,6	9,0	6,2	2,6	2,8	2,8	101	87	85
Peru	-2,1	-1,5	-1,4	9,9	10,0	9,7	319	286	258
Trinidad & Tobago	5,7	8,7	6,2	5,2	5,6	6,5	56	53	53
Uruguay	1,6	3,2	-0,2	3,5	9,7	10,2	375	383	408
Venezuela	8,5	12,3	8,0	6,5	10,7	9,5	117	124	122
Lateinamerika (17 Länder)	-0,8	0,2	-0,3	4,1	4,9	4,8	175	176	168

* Güter und Dienste

p=Prognose

⁵¹ DBLA (2003b), S. 2

VI. Tabellenverzeichnis

1.	Tabelle: Vergleich der MERCOSUR-Länder mit Lateinamerika gesamt	- 6 -
2.	Tabelle: Exportanteil der führenden Produktgruppen (in %)	- 8 -
3.	Tabelle: Uruguays Außenhandel 2001-2002	- 9 -
4.	Tabelle: BIP Wachstum in Lateinamerika 1980-1990	- 11 -
5.	Tabelle: Uruguay 1990-1999; Inflation / Reales BIP (1983=100)	- 12 -
6.	Tabelle: Veränderung des BIP 1980-2002 (in %)	- 13 -
7.	Tabelle: Veränderung des BIP 1980-2002 (in Millionen \$)	- 14 -
8.	Tabelle: Veränderung der Auslandsschulden 1980-2002	- 14 -
9.	Tabelle: Rating internationaler Agenturen für Uruguay 1997-2002	- 15 -
10.	Tabelle: Wechselkurse Peso - US-\$ 1983-2002	- 15 -
11.	Tabelle: Lateinamerikanische Konsumentenpreisindizes 2002-2003	- 18 -
12.	Tabelle: Wirtschaftliche Annahmen für Uruguay 2003	- 19 -
13.	Tabelle: Finanzergebnisse staatlicher Unternehmen Uruguays	- 22 -
14.	Tabelle: Sozialversicherungsausgaben in Prozent des BIP	- 26 -
15.	Tabelle: Sozialversicherungsausgaben pro Kopf	- 27 -

16. Tabelle: Uruguay: Öffentliche Schulden und Schuldendienst - 30 -
17. Tabelle: Lateinamerika und Karibik: Fiskalindikatoren - 30 -
18. Tabelle: Lateinamerika Indikatoren 2002-2004 (Binnenwirtschaft) - 31 -
19. Tabelle: Lateinamerika Indikatoren 2002-2004 (Außenwirtschaft) - 32 -

VII. Literatur

Cardoso, Eliana; Helwege, Ann: Latin America´s Economy: Diversity, Trends and Conflicts. 7th printing. Boston: MIT Press, 1997

Dresdner Bank Lateinamerika (DBLA):

- (2003a) Perspektiven Lateinamerika - Update November 2003. Hamburg: DBLA
- (2003b) Perspektiven Lateinamerika - Dezember 2003. Hamburg: DBLA

Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC):

- (2002) Statistical yearbook for Latin America and the Caribbean 2002. Santiago de Chile: ECLAC
- (2003a) Preliminary Overview of the Economies of Latin America and the Caribbean. Santiago de Chile: ECLAC
- (2003b) Social Panorama of Latin America 2002-2003. Santiago de Chile: ECLAC

Hoffmann, Rainer; Specogna Heidi: Tupamaros. Film. Berlin: Heidi Specogna Filmproduktion, 1996

Inter-American Development Bank (IDB): Economic and Social Progress in Latin America. Washington D. C.: IDB, 1990

Inter-American Development Bank (IDB): Country Paper Uruguay. Washington: 1990

International Monetary Fund (IMF): Country Report No. 03/247. Washington: 2003

Latin American Integration Association (ALADI): Evolución del comercio exterior de los países miembros de la asociación latinoamericana de integración: 2001-2001. Montevideo: ALADI, 2003

PriceWaterhouseCoopers (PWCC): Outlook Uruguay December 2003. Montevideo: PWCC, 2003

World Bank: World Development Report. Washington D. C.: World Bank, 1990

Zeitschriften und Internet

Administración Nacional de Usinas y Trasmisiones Eléctricas (UTE)

<http://www.ute.com.uy>

ALCA (Free Trade Association of America)

<http://www.ftaa-alca.org/>

ANCAP (Administración Nacional de Combustibles, Alcohol y Portland)

Staatliche Erdölgesellschaft

<http://www.ancap.com.uy/>

Banco Central del Uruguay (BCU)

Uruguayische Zentralbank

<http://www.bcu.gub.uy/>

Banco de la República Oriental del Uruguay

<http://www.brounet.com.uy/>

Corporación Vial del Uruguay

(Nationale Straßenverwaltungsgesellschaft)

<http://www.cnd.org.uy/>

Deutsch-Uruguayische Handelskammer

<http://www.ahk-uruguay.com/>

Dresdner Bank Lateinamerika

<http://www.dbla.de>

El País

<http://www.elpais.com.uy/>

El Observador

<http://www.observa.com.uy/>

Fitch Ratings

<http://www.fitchratings.com/>

Gandelman, Nestor: Housing Finance in Uruguay. The Role of the Public Sector.

<http://www.iadb.org/res/publications/pubfiles/2>

abgefragt am 10. Dezember 2003

Instituto del Tercer Mundeo/Third World Institute:

Uruguay: IMF conditions support and claims structural reforms,

<http://www.item.org.uy/FMI-intro-eng.htm>

abgefragt am 5. Dezember 2003

Instituto Nacional de Estadística

(Statistisches Zentralamt Uruguay)

<http://www.ine.gub.uy/>

Landesbank Rheinland-Pfalz

<http://www.lrp.de/>

Latin American Integration Association (ALADI)

<http://www.aladi.org>

Ministerío de Economía y Finanzas

(Ministerium für Wirtschaft und Finanzen)

<http://www.mef.gub.uy/>

Moody's

<http://www.moodys.com/>

Nachrichtenpool Lateinamerika

<http://www.npla.de/>

Standard & Poors

<http://www.standardandpoors.com/>

Unidad Reguladora de la Energia Eléctrica (UREE)

<http://www.uree.gub.uy>

Vertrag von Montevideo (1980) in englischer Sprache

http://www2.uol.com.br/actasoft/actamercosul/espanhol/tratado_de_montevideu.htm

World Bank Group

<http://www.ibrd.org>